DER TAGESSPIEGEL

POTSDAMER NEUESTE NACHRICHTEN

Heute mit sieben Seiten Sonntag, Mehr Genuss und dem Wochenendrätsel

Verschwundene Millionen: Prüfung zur **Havel-Therme** kommt nicht voran – *Seite 11*

Instanz für den Glamour: Ein Nachruf auf Berlins Star-Friseur **Udo Walz** – *S. 28*

POTSDAM, WOCHENENDAUSGABE VOM 21. NOVEMBER 2020 | WWW.PNN.DE | 70. JAHRGANG / NR. 272 / 2,30 €

Teil-Lockdown bis nach Silvester möglich

Bund und Länder prüfen Verlängerung bis Januar Neuinfektionen in Brandenburg auf Höchststand

Von Sabine Beikler, Hannes Heine und Georg Ismar

Berlin - Restaurants, Cafés, Kneipen und Kultureinrichtungen könnten bundesweit auch im Dezember geschlossen bleiben. In Kreisen der Bundesregierung hieß es am Freitag, dass sich eine Verlängerung der Maßnahmen bis kurz vor Weihnachten abzeichnet, vom 20. Dezember ist dabei die Rede. Über Weihnachten könnte es dann Lockerungen geben. Mehrere Landesregierungen erwägen aber eine Verlängerung der Maßnahmen bis zum 6. Januar. Eine Variante sei auch, dass der Teil-Lockdown allgemein bis zum 20. Dezember verlängert wird und dann die Länder selbständig je nach Infektionsgeschehen über Verlängerungen entscheiden.

Am Wochenende wollen sich die Bundesländer untereinander abstimmen, koordiniert vom Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz, Berlins Regierendem Bürgermeister Michael Müller (SPD). Die Länderseite soll dem Kanzleramt einen Vorschlag unterbreiten vor dem Treffen mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) am Mittwoch. Dort geht es um drei Fragen: Wie lange verlängern; nur verlängern oder verschärfen; und welche zusätzlichen Finanzhilfen für betroffene Branchen sind möglich.

Das Robert-Koch-Institut (RKI) hatte am Freitag einen neuen Rekord mitgeteilt: Binnen eines Tages wurden 23 648 Neuinfektionen gemeldet. Auch in Brandenburg wurde ein Höchststand erreicht, von Donnerstag auf Freitag wurden 538 neue Fälle registriert. Aktuell sind im Land 5285 Menschen erkrankt. Nach Zahlen der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI) sind in Brandenburg derzeit 589 Intensivbetten belegt, 190 sind noch frei. Innerhalb einer Woche könnten zusätzlich 420 Intensivbetten aufgestellt werden. Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher (Grüne) bezeichnete die weiter hohen Zahlen als besorgniserregend. Ihrer Ansicht nach wirkt der „Lockdown-Light“ bereits. „Den exponentiellen Anstieg konnten wir abbremsen. Die Wucht der zweiten Corona-Welle ist aber so groß, dass wir noch Geduld haben müssen, bis die Zahlen spürbar zurückgehen. Die vor uns liegenden Monate bleiben schwierig“, schätzte die Ministerin ein.

Unterdessen geht die Diskussion um Maßnahmen für die Schulen weiter, um die Einrichtungen offen halten zu können. Der Städte- und Gemeindebund Brandenburg sieht bei der Umsetzung von möglichem Teilungsunterricht große Schwierigkeiten. Bei Kindertagesstätten und Horten in kommunaler Trägerschaft gebe es flächendeckend keine freien Kapazitäten, die dies auffangen könnten. Voraussetzung für einen Teilungsunterricht in unteren Klassenstufen sei der Aufbau zusätzlicher Betreuungsangebote durch das Land.

Hoffnung macht die Aussicht auf einen baldigen Impfstart. Das deutsche Unternehmen Biontech und der US-Konzern Pfizer beantragten in den USA eine Notfallzulassung. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) rechnet schon im Dezember oder „sehr schnell nach der Jahreswende“ mit der Zulassung eines Corona-Impfstoffes in Europa. *(mit dpa)*

— Seiten 4, 9, 12 und 17

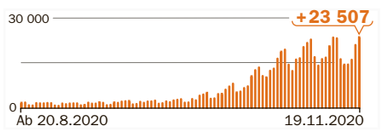
VIRUS *in Zahlen*

Neuinfizierte

pro 100 000 Einwohner in den vergangenen 7 Tagen

BRANDENBURG **110** | DEUTSCHLAND **155**

Deutschland gesamt



Land/Risklayer/KIT/Tsp, RKI

Angriff auf Amazone

Die Plastik im Schloss Cecilienhof wurde mit Öl verunreinigt – wie später mehr als 60 Objekte in Berliner Museen. Eine Anzeige bei der Polizei stellte die Schlösserstiftung jedoch erst jetzt. Das wirft nun Fragen auf – *Seite 9*

Foto: Stiftung Preußische Schlösser und Gärten

Grundsatzprogramm

Die Grünen und der liebe Staat

Von Cordula Eubel

Gut 40 Jahre nach ihrer Gründung kommen die Grünen an diesem Wochenende zusammen, um ein neues Grundsatzprogramm zu beschließen, das vierte in der Geschichte. Doch der Parteitag, der ursprünglich in Karlsruhe stattfinden sollte, musste wegen der Corona-Pandemie in den virtuellen Raum verlegt werden. Die nostalgische Rückkehr an den Ort, an dem alles begann, bleibt der Partei also verwehrt, und vielleicht ist das sogar ganz passend.

Die Grünen von heute haben nur noch wenig mit der „Anti-Parteien-Partei“ zu tun, als die Mitbegründerin Petra Kelly sie einst bezeichnete. Seit den 1980er Jahren haben sie ideologisch beständig abgerüstet. Mit dem Älterwerden ist bei den Grünen so manche Radikalität verschwunden. Regieren ist selbstverständlich geworden. Und ein Jahr vor der Bundestagswahl formulieren sie auch ihren Führungsanspruch – klarer als je zuvor.

Auch wenn das neue Grundsatzprogramm allgemeiner ist als ein Regierungsprogramm, gibt es einen Vorgeschmack auf das Wahljahr. Die Vorsitzenden Annalena Baerbock und Robert Habeck kämpfen um die Mitte der Gesellschaft, sie wollen möglichst vielen Wählerinnen und Wählern ein Angebot machen. Die Wirtschaft verstehen sie als Partnerin auf dem Weg zu einer klimaneutralen Produktionsweise, sie setzen auf die Innovationsfähigkeit der Märkte. Gleichzeitig gab es bei den Grünen noch nie so viel Bekenntnis zum Staat.

Während die Partei früher das Emanzipatorische in den Vordergrund gestellt hat, muten Teile des Programms heute paternalistisch – oder in diesem Fall vielleicht eher maternalistisch – an. Aus dem Motto „Wir ermöglichen dir deine freie Entfaltung“ ist ein „Wir regeln das für dich“ geworden. In der Sozialpolitik versprechen die Grünen eine „Garantierente“ und Hartz IV soll durch eine „Garantiesicherung“ ersetzt werden.

Auch das Verhältnis zu den Institutionen dieses Landes hat sich verändert. Mehr als andere Parteien verstehen die Grünen sich heute als Verteidigerin der parlamentarischen Demokratie. Deutlich wird der Wandel besonders im Verhältnis zur Polizei: Während zur Erfahrung der Gründergeneration die Straßenschlachten beim Anti-Atom-Protest gehören, loben die Grünen von heute die Polizei als Garantin für Sicherheit im Innern.

Die Debatte über das neue Grundsatzprogramm hat sichtbar gemacht, in welchem Umbruch sich die Partei befindet. In den vergangenen Jahren haben die Grünen viele neue Mitglieder gewonnen. Viele der Jüngeren fordern nun eine stärkere Offenheit für Forschung ein, auch bei heiklen Themen wie der grünen Gentechnik oder der Homöopathie. Gleichzeitig ist es die junge Generation, die beim Klimaschutz ungeduldig wird. Manche von ihnen fordern, die Grünen müssten wieder radikaler werden und für eine Politik eintreten, die angesichts der drohenden Erderwärmung über die Verabredungen aus dem Pariser Klimaabkommen hinausgeht. So sieht es auch die Klimabewegung „Fridays for Future“, aus der sich einige enttäuscht von den Grünen abwenden.

Weniger Radikalität und weniger Abgrenzung zu Wirtschaft und Staat haben dazu geführt, dass die Grünen mehrheitsfähig geworden sind. Zugleich laufen sie Gefahr, ihren Kern zu verlieren, die Unterscheidbarkeit zu anderen. Dort, wo sie ursprünglich herkommen, ist heute wieder Raum für neue Bewegungen.

Fraktionen kritisieren AfD aufs Schärfste

Berlin - Weil sie Störern Zutritt zum Bundestag verschafft hat, sind die restlichen Fraktionen am Freitag hart mit der AfD ins Gericht gegangen. Bei den Vorfällen vom Mittwoch handele es sich um einen Angriff auf die parlamentarische Demokratie, sagte der parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion Michael Grosse-Brömer in einer aktuellen Stunde. Die Grüne Britta Haßelmann warf der AfD vor, die Demokratie „zersetzen“ zu wollen. AfD-Fraktionschef Alexander Gauland räumt zwar ein, dass das Verhalten der Störer „unzivilisiert“ gewesen sei. Die Unterstellung aber, seine Fraktion habe im Vorhinein von den Plänen der Störer gewusst, sei „infam“. *fiem*

— Seite 4 und Meinungsseite

Koalition einigt sich auf Frauenquote in Vorständen

Berlin - Die schwarz-rote Koalition hat sich grundsätzlich auf eine verbindliche Frauenquote in Vorständen geeinigt. In Vorständen börsennotierter und paritätisch mitbestimmter Unternehmen mit mehr als drei Mitgliedern muss demnach künftig ein Mitglied eine Frau sein, teilten Justizministerin Christine Lambrecht (SPD) und Staatsministerin Annette Widmann-Mauz (CDU) am Freitag mit. Der Kompromiss soll in der kommenden Woche den Koalitionsspitzen zur abschließenden Entscheidung vorgelegt werden.

Anschließend werde die Ressortabstimmung und die Länder- und Verbändebeteiligung eingeleitet, so dass der Kabinettsbeschluss zeitnah erfolgen könne, teilte Lambrecht weiter mit. Die Quote ist ein wesentlicher Punkt im sogenannten Führungspositionen-Gesetz – damit soll es erstmals in Deutschland verbindliche Vorgaben für mehr Frauen in Vorständen geben.

Die Arbeitsgruppe von Union und SPD hat sich zudem darauf geeinigt, dass es für Unternehmen mit einer Mehrheitsbeteiligung des Bundes eine Aufsichtsratsquote von mindestens 30 Prozent und eine Mindestbeteiligung in Vorständen geben soll. Bei den Körperschaften des öffentlichen Rechts wie den Krankenkassen und bei den Renten- und Unfallversicherungsträgern sowie bei der Bundesagentur für Arbeit soll ebenfalls eine Mindestbeteiligung von Frauen eingeführt werden.

Laut einem kürzlich veröffentlichten Gutachten im Auftrag der Bundesregierung hatten freiwillige Selbstvorgaben kaum Effekte auf die Frauenquote bei Vorständen. Demnach liegt der Frauenanteil bei Vorständen der betroffenen Unternehmen aktuell bei 7,6 Prozent. *dpa*

INDEX

WIRTSCHAFT & BÖRSEN **15–18**
Der Dax geht mit einer freundlichen Tendenz ins Wochenende. Der Leitindex legt leicht zu auf 13 108 Punkte.

WETTER **2**
7/5 Raus mit der Allwetterjacke! Sonne, Wolken und Regen wechseln sich ab.

POLITIK & MEINUNG **1–8**
POTSDAM **9–10**
MITTELMARK & BRANDENBURG .. **11–13**
KULTUR **23–24**
MEDIEN/TV-PROGRAMM **27**
WELTSPIEGEL **28**

ABONNENTENSERVICE (0331) 2376-100
ANZEIGENSERVICE ..... (0331) 2376-111
REDAKTION ..... (0331) 2376-132

Foto: Soeren Stache/dpa

Verdacht auf Kannibalismus in Berlin

Berlin - Bei dem möglichen Fall von Kannibalismus geht die Staatsanwaltschaft Berlin von einem Sexualmord aus. Es gehe um eine Tat zur Befriedigung des Geschlechtstriebs, sagte Behördensprecher Martin Steltner am Freitag in Berlin: Der mutmaßliche Täter, ein 41-Jähriger, habe im Internet zu Kannibalismus recherchiert und sich auf einer Datingplattform bewegt, wo er auch zum Opfer Kontakt gehabt habe. In der Wohnung des Verdächtigen habe man „einschlägige Werkzeuge“ wie Messer und Sägen sowie Blutspuren gefunden. Von einem Einverständnis des Opfers gehen die Ermittler nicht aus. Das 44-jährige Opfer wurde seit September vermisst. Spaziergänger hatten am 8. November in Berlin-Pankow Knochen entdeckt. *Tsp*

ANZEIGE

Machen Sie sich ein Geschenk

Sparen Sie mit der 5+1 Aktion bei einer großen Auswahl an Vitra-Stühlen für Ihre Wohnung, Ihr Büro oder Ihre Praxis, indem wir Ihnen den günstigsten von 6 gratis dazugeben.

Bei minimum Charlottenburg, minimum Mitte, minimum Kreuzberg und in unserem Online-Shop.

minimum einrichten GmbH

in Charlottenburg, 3.OG im stilwerk
Kantstraße 17, 10623 Berlin
030 319 985 00

in Mitte
Torstraße 140, 10119 Berlin
030 403 691 020

in Kreuzberg, im Aufbau Haus
Prinzenstraße 85, 10969 Berlin
030 700 962 60
www.minimum.de